

Gemeinde Neufahrn
1. Bürgermeister Franz Heilmeyer
Bahnhofstraße 32
85375 Neufahrn



Neufahrn, den 10. Juli 2022

Betreff: Prüfauftrag zur Errichtung von Photovoltaik-Überdachungen auf gemeindlichen Kfz-Stellplätzen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heilmeyer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Neufahrner Gemeinderats,

die SPD-Fraktion beantragt die Errichtung von Photovoltaik-Überdachungen auf Kfz-Stellplätzen im Besitz der Gemeinde Neufahrn zu prüfen.

Für die Bevölkerung wird Nachhaltigkeit immer wichtiger, und auch die Gemeinde steckte sich hier in der Vergangenheit immer straffere Ziele. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei ein integraler Bestandteil einer zukunftsweisenden kommunalen Energieerzeugungsstrategie und muss aus Sicht der SPD-Fraktion dringend vorangetrieben werden. Die Nutzung öffentlicher Flächen zur Stromerzeugung mithilfe von PV-Anlagen scheint hierbei ein Weg zu sein, der in der Bevölkerung die meiste Zustimmung erfährt, gleichzeitig erscheint es schwierig, geeignete Flächen im Gemeindegebiet zu finden.

Um weitere Flächen für Solarmodule zu gewinnen, beantragt die SPD-Fraktion – in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Rote Umweltpolitik für Neufahrn“ – die Prüfung von Photovoltaiküberdachungen auf Kfz-Stellplätzen im Besitz der Gemeinde Neufahrn. Größere Stellplatzanlagen, wie beispielsweise der P+R Platz südlich der Bahnlinie, die Parkanlagen am Auweg sowie der Parkplatz am Galgenbachweg, sollen vorrangig untersucht werden. Da beide Parkanlagen z.T. eingegrünt worden sind ist bei der Prüfung selbstverständlich darauf zu achten, dass bestehendes Grün nach Möglichkeit erhalten bleiben soll und nicht durch die mögliche Errichtung einer PV-Solarüberdachung weichen muss.

Begründung:

Um die Gemeinde nachhaltiger zu gestalten, sind weitere Ökostromquellen erforderlich. Dabei wird die Photovoltaik in der Gesellschaft deutlich besser angenommen als beispielsweise die Windkraft. Zudem erweist sich die Photovoltaik als vergleichsweise

kostengünstige und schnell umsetzbare Möglichkeit, nachhaltigen Strom zu produzieren. Als Ertrag sind nach Berechnungen der Bürgerenergiegenossenschaft Freisinger Land rund 200 kWh pro Quadratmeter Fläche zu erwarten. Insbesondere angesichts steigender Energiekosten werden erneuerbare Energiequellen immer relevanter. Eine gezielte Förderung erneuerbarer Energien durch die Kommune erscheint demnach nicht nur geboten, sondern drängt sich geradezu auf. Da die Ressource Fläche in unmittelbarer Umgebung der Landeshauptstadt München im Allgemeinen und in Neufahrn im Speziellen sehr kostbar ist, können Freiflächen-PV-Projekte wie das in der „Neufahrner Gegenkurve“ bei weitem nicht ausreichen, um das zukünftig zu erwartende Energiedefizit auszugleichen. Die Verwendung von gemeindeeigenen Flächen für die Bestückung mit PV-Anlagen liegt zur Erhöhung des Produktionsanteils regenerativer Energien am Gesamtstrommix ebenso auf der Hand, wie sich in kommunalem Besitz befindliche Kfz-Stellplätze durch ihre bereits erfolgte Versiegelung geradezu prädestiniert für die Produktion von regenerativer Energie erscheinen.

Beim Betrieb solcher Anlagen und der Einspeisung in das öffentliche Netz schlägt die SPD-Fraktion die Zusammenarbeit mit regionalen Energieerzeugern vor, die auch eine Bürgerbeteiligung ermöglichen, oder sich in kommunaler Hand befinden bzw. durch einen kommunalen Sachaufwandsträger finanziell getragen werden. Beispiele sind hier die Bürgerenergiegenossenschaft Freisinger Land, oder der mit der Nachbarkommune Eching gemeinsame Zweckverband Versorgungs- und Verkehrsbetriebe. Eine Eingliederung in das Kommunalunternehmen scheint auch vorstellbar.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Verwaltung zu beauftragen, die Errichtung von Solarüberdachungen auf gemeindeeigenen Kfz-Stellplätzen zu prüfen. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, die zu erwartenden Kosten an verschiedenen Standorten miteinander zu vergleichen und zur endgültigen Entscheidung dem zuständigen Gremium vorzulegen. Darüber hinaus sollen in Frage kommende Betreiber, bevorzugt solche, die eine Bürgerbeteiligung ermöglichen oder von kommunalen Sachaufwandsträgern betrieben werden, angefragt und deren Expertise für die endgültige Beschlussfassung hinzugezogen werden.

Rebecca Huthansl für den Arbeitskreis „Rote Umweltpolitik für Neufahrn“

Maximilian Heumann für die SPD-Fraktion